

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (15. Ausschuss)

- 1. zu dem Entschließungsantrag der Abgeordneten Arnold Vaatz, Ulrich Adam, Peter Albach, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Klaas Hübner, Andrea Wicklein, Ernst Bahr (Neuruppin), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
– Drucksache 16/10852 –**

**zu der Beratung der Unterrichtung durch die Bundesregierung
– Drucksache 16/10454 –**

Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der deutschen Einheit 2008

- 2. zu dem Entschließungsantrag der Abgeordneten Dr. Gesine Löttsch, Roland Claus, Dr. Barbara Höll, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 16/10854 –**

**zu der Beratung der Unterrichtung durch die Bundesregierung
– Drucksache 16/10454 –**

Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der deutschen Einheit 2008

- 3. zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung
– Drucksache 16/10454 –**

Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der deutschen Einheit 2008

A. Problem

Zu Nummer 1

Vor dem Hintergrund der Herausforderungen durch die Finanzkrise sollen die Mittel für die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ im Bundeshaushalt in den nächsten Jahren auf hohem Niveau verstetigt werden. Die Anstrengungen zum Abbau der Arbeitslosigkeit müssen fortgeführt werden. Zudem soll eine Angleichung des Rentenrechts auf den Weg

gebracht werden und die Nutzung erneuerbarer Energien in den neuen Ländern soll gefördert werden. Eine entscheidende Grundlage für die Überwindung strukturell bedingter Nachteile bilden die Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur und die Stadtentwicklung und auch Forschung und Entwicklung sind für den weiteren Aufbau Ost entscheidend.

Zu Nummer 2

Die Antragsteller haben zu dem Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der deutschen Einheit 2008 einen Entschließungsantrag eingebracht, nach dem der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse den Osten in den Blick zu nehmen und schnellstmöglich den Rentenwert Ost an das Westniveau anzugleichen, einen gesetzlichen Mindestlohn in Höhe von mindestens 8,71 Euro einzuführen, das Arbeitslosengeld II auf 435 Euro anzuheben, die Absenkung der Solidarpaktmittel zu verlangsamen, eine Gesetzesfolgenabschätzung für Ostdeutschland und strukturschwache Regionen im Westen einzuführen, die alle Vorhaben einem TÜV unterzieht und eine gerechte Verteilung von Steuergeldern ermöglicht, das ostdeutsche Bildungs- und Betreuungsniveau für noch nicht schulpflichtige Kinder auf ganz Deutschland auszudehnen, die industriellen Chancen Ostdeutschlands systematisch zu unterstützen und auf den sich verschärfenden Fachkräftemangel ostdeutscher Unternehmen bei anhaltend hoher Arbeitslosigkeit mit passfähigen Arbeitsmarktinitiativen zu reagieren.

Zu Nummer 3

Die Bundesregierung hat auf der Grundlage von Beschlüssen des Deutschen Bundestages einen Jahresbericht zum Stand der deutschen Einheit 2008 vorgelegt. Dieser beschreibt Ziele und Aufgaben für die neuen Bundesländer bis zum Ende des Solidarpaktes II, spricht die Themen Innovationen und wirtschaftliche Zukunftsfelder, Arbeitsmarkt, demografischen Wandel und Kooperation mit den mittel- und osteuropäischen Nachbarn an. Zudem beschreibt er Programme und Politikfelder des Aufbaus Ost.

B. Lösung

Zu Nummer 1

Annahme einer Entschließung, mit der die Bundesregierung unter anderem aufgefordert wird, die Mittel für die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ im Bundeshaushalt in den nächsten Jahren auf hohem Niveau zu verstetigen; durch eine konsequente Umsetzung der eingeleiteten arbeitsmarktpolitischen Reformen einen Beitrag zu leisten, mehr Menschen schneller in Arbeit zu integrieren und dabei insbesondere die Zahl der Langzeitarbeitslosen nachhaltig zu reduzieren; an die Tarifparteien zu appellieren, bestehende Spielräume für Lohnsteigerungen in Ostdeutschland unter Wahrung ihrer beschäftigungspolitischen Verantwortung zu nutzen; die ostdeutschen Bundesländer beim gezielten Ausbau innovativer, organisationsübergreifender Kompetenznetze und deren Weiterentwicklung zu Exzellenz zu unterstützen; die Voraussetzungen für eine Anmeldung der Verlängerungen der vorrangigen Transeuropäischen Verkehrsachse 1 (Messina–München–Erfurt–Halle/Leipzig–Berlin) über Rostock nach Skandinavien unter Anbindung von Saßnitz und der ebenfalls vorrangigen Verkehrsachse 22 (Prag–Dresden–Berlin–Rostock/Saßnitz) als Projekte bei der für 2010 geplanten Revision der TEN-Leitlinien zu schaffen; das bewährte Programm „Stadtumbau Ost“ unter Einbeziehung der Wohnungswirtschaft bis 2016 fortzusetzen; die Nutzung erneuerbarer Energien durch die Förderung von Modellprojekten in den neuen Ländern zu unterstützen und das bestehende Berechnungssystem der gesetzlichen Rentenversicherung

zur Bestimmung der Altersbezüge der ostdeutschen Rentnerinnen und Rentner zu überprüfen und einen Vorschlag für eine Angleichung der Rentenberechnungssysteme in Ost und West zu erarbeiten.

Annahme des Entschließungsantrags auf Drucksache 16/10852 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP

Zu Nummer 2

Ablehnung des Entschließungsantrags auf Drucksache 16/10854 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE.

Zu Nummer 3

Kenntnisnahme der Unterrichtung durch die Bundesregierung auf Drucksache 16/10454

C. Alternativen

Zu Nummer 1

Ablehnung

Zu Nummer 2

Annahme

Zu Nummer 3

Keine

D. Kosten

Zu den Nummern 1 bis 3

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

in Kenntnis der Unterrichtung durch die Bundesregierung auf
Drucksache 16/10454

1. den Entschließungsantrag auf Drucksache 16/10852 anzunehmen,
2. den Entschließungsantrag auf Drucksache 16/10854 abzulehnen.

Berlin, den 22. Mai 2009

Der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

Dr. Klaus W. Lippold
Vorsitzender

Jan Mücke
Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Jan Mücke

I. Überweisung

Zu den Nummern 1 bis 3

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlagen auf **Drucksachen 16/10852, 16/10854 und 16/10454** in seiner in seiner 187. Sitzung am 13. November 2008 beraten und an den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zur federführenden Beratung sowie an den Innenausschuss, den Sportausschuss, den Rechtsausschuss, den Finanzausschuss, den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, den Ausschuss für Arbeit und Soziales, den Verteidigungsausschuss, den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, den Ausschuss für Gesundheit, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, den Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung, den Ausschuss für Tourismus, den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union und den Ausschuss für Kultur und Medien zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

Zu Nummer 1

Der Entschließungsantrag beinhaltet vor allem, dass die Bundesregierung aufgefordert werden soll, die Mittel für die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ im Bundeshaushalt in den nächsten Jahren auf hohem Niveau zu verstetigen; durch eine konsequente Umsetzung der eingeleiteten arbeitsmarktpolitischen Reformen einen Beitrag zu leisten, mehr Menschen schneller in Arbeit zu integrieren und dabei insbesondere die Zahl der Langzeitarbeitslosen nachhaltig zu reduzieren; an die Tarifparteien zu appellieren, bestehende Spielräume für Lohnsteigerungen in Ostdeutschland unter Wahrung ihrer beschäftigungspolitischen Verantwortung zu nutzen; die ostdeutschen Länder beim gezielten Ausbau innovativer, organisationsübergreifender Kompetenznetze und deren Weiterentwicklung zu Exzellenz zu unterstützen; die Voraussetzungen für eine Anmeldung der Verlängerungen der vorrangigen Trans-europäischen Verkehrsachse 1 (Messina–München–Erfurt–Halle/Leipzig–Berlin) über Rostock nach Skandinavien unter Anbindung von Saßnitz und der ebenfalls vorrangigen Verkehrsachse 22 (Prag–Dresden–Berlin–Rostock/Saßnitz) als Projekte bei der für 2010 geplanten Revision der TEN-Leitlinien zu schaffen; das bewährte Programm „Stadtumbau Ost“ unter Einbeziehung der Wohnungswirtschaft bis 2016 fortzusetzen; die Nutzung erneuerbarer Energien durch die Förderung von Modellprojekten in den neuen Ländern zu unterstützen und das bestehende Berechnungssystem der gesetzlichen Rentenversicherung zur Bestimmung der Altersbezüge der ostdeutschen Rentnerinnen und Rentner zu überprüfen und einen Vorschlag für eine Angleichung der Rentenberechnungssysteme in Ost und West zu erarbeiten.

Zu Nummer 2

Der Entschließungsantrag beinhaltet vor allem, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll,

zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse den Osten in den Blick zu nehmen und schnellstmöglich den Rentenwert Ost an das West-Niveau anzugleichen, einen gesetzlichen Mindestlohn in Höhe von mindestens 8,71 Euro einzuführen, das Arbeitslosengeld II auf 435 Euro anzuheben, die Absenkung der Solidarpaktmittel zu verlangsamen, eine Gesetzesfolgenabschätzung für Ostdeutschland und strukturschwache Regionen im Westen einzuführen, die alle Vorhaben einem TÜV unterzieht und eine gerechte Verteilung von Steuergeldern ermöglicht, das ostdeutsche Bildungs- und Betreuungsniveau für noch nicht schulpflichtige Kinder auf ganz Deutschland auszudehnen, die industriellen Chancen Ostdeutschlands systematisch zu unterstützen und auf den sich verschärfenden Fachkräftemangel ostdeutscher Unternehmen bei anhaltend hoher Arbeitslosigkeit mit passfähigen Arbeitsmarktinitiativen zu reagieren.

Zu Nummer 3

Der Bericht der Bundesregierung beschreibt Ziele und Aufgaben für die neuen Länder bis Ende des Solidarpaktes II und spricht die Themen Innovationen und wirtschaftliche Zukunftsfelder, Arbeitsmarkt, demografischen Wandel und Kooperation mit den mittel- und osteuropäischen Nachbarn an. Zudem beschreibt er Programme und Politikfelder des Aufbaus Ost.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Zu Nummer 1

Der **Innenausschuss** hat den Entschließungsantrag auf Drucksache 16/10852 in seiner 82. Sitzung am 17. Dezember 2008 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP dessen Annahme.

Der **Sportausschuss** hat den Entschließungsantrag in seiner 64. Sitzung am 17. Dezember 2008 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP dessen Annahme.

Der **Rechtsausschuss** hat den Entschließungsantrag in seiner 121. Sitzung am 17. Dezember 2008 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP dessen Annahme.

Der **Finanzausschuss** hat den Entschließungsantrag in seiner 111. Sitzung am 17. Dezember 2008 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP dessen Annahme.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Entschließungsantrag in seiner 89. Sitzung am 17. Dezember 2008 beraten und

empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP dessen Annahme.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Entschließungsantrag in seiner 80. Sitzung am 17. Dezember 2008 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP dessen Annahme.

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** hat den Entschließungsantrag in seiner 93. Sitzung am 17. Dezember 2008 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP dessen Annahme.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat den Entschließungsantrag in seiner 109. Sitzung am 17. Dezember 2008 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP dessen Annahme.

Der **Verteidigungsausschuss** hat den Entschließungsantrag in seiner 96. Sitzung am 17. Dezember 2008 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP dessen Annahme.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat den Entschließungsantrag in seiner 72. Sitzung am 17. Dezember 2008 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP dessen Annahme.

Der **Ausschuss für Gesundheit** hat den Entschließungsantrag in seiner 103. Sitzung am 17. Dezember 2008 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen FDP und DIE LINKE. dessen Annahme.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat den Entschließungsantrag in seiner 78. Sitzung am 17. Dezember 2008 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP dessen Annahme.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat den Entschließungsantrag in seiner 74. Sitzung am 17. Dezember 2008 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP und Abwesenheit der Fraktion DIE LINKE. dessen Annahme.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat den Entschließungsantrag in seiner 71. Sitzung am 17. Dezember 2008 beraten und empfiehlt

mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP dessen Annahme.

Der **Ausschuss für Tourismus** hat den Entschließungsantrag in seiner 66. Sitzung am 17. Dezember 2008 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP dessen Annahme.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Entschließungsantrag in seiner 75. Sitzung am 17. Dezember 2008 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP dessen Annahme.

Der **Ausschuss für Kultur und Medien** hat den Entschließungsantrag in seiner 69. Sitzung am 17. Dezember 2008 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Annahme.

Zu Nummer 2

Der **Innenausschuss** hat den Entschließungsantrag auf Drucksache 16/10854 in seiner 82. Sitzung am 17. Dezember 2008 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. dessen Ablehnung.

Der **Sportausschuss** hat den Entschließungsantrag in seiner 64. Sitzung am 17. Dezember 2008 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. dessen Ablehnung.

Der **Rechtsausschuss** hat den Entschließungsantrag in seiner 121. Sitzung am 17. Dezember 2008 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. dessen Ablehnung.

Der **Finanzausschuss** hat den Entschließungsantrag in seiner 111. Sitzung am 17. Dezember 2008 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. dessen Ablehnung.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Entschließungsantrag in seiner 89. Sitzung am 17. Dezember 2008 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Entschließungsantrag in seiner 80. Sitzung am 17. Dezember 2008 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** hat den Entschließungsantrag in seiner

93. Sitzung am 17. Dezember 2008 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat den Entschließungsantrag in seiner 109. Sitzung am 17. Dezember 2008 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. dessen Ablehnung.

Der **Verteidigungsausschuss** hat den Entschließungsantrag in seiner 96. Sitzung am 17. Dezember 2008 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat den Entschließungsantrag in seiner 72. Sitzung am 17. Dezember 2008 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Gesundheit** hat den Entschließungsantrag in seiner 103. Sitzung am 17. Dezember 2008 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat den Entschließungsantrag in seiner 78. Sitzung am 17. Dezember 2008 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat den Entschließungsantrag in seiner 74. Sitzung am 17. Dezember 2008 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Abwesenheit der Fraktion DIE LINKE. dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat den Entschließungsantrag in seiner 71. Sitzung am 17. Dezember 2008 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Tourismus** hat den Entschließungsantrag in seiner 66. Sitzung am 17. Dezember 2008 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Entschließungsantrag in seiner 75. Sitzung am 17. Dezember 2008 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Kultur und Medien** hat den Entschließungsantrag in seiner 69. Sitzung am 17. Dezember 2008 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen

CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. dessen Ablehnung.

Zu Nummer 3

Der **Innenausschuss** hat die Unterrichtung auf Drucksache 16/10454 in seiner 82. Sitzung am 17. Dezember 2008 beraten und empfiehlt deren Kenntnisnahme.

Der **Sportausschuss** hat die Unterrichtung in seiner 64. Sitzung am 17. Dezember 2008 beraten und empfiehlt deren Kenntnisnahme.

Der **Rechtsausschuss** hat die Unterrichtung in seiner 121. Sitzung am 17. Dezember 2008 beraten und empfiehlt deren Kenntnisnahme.

Der **Finanzausschuss** hat die Unterrichtung in seiner 111. Sitzung am 17. Dezember 2008 beraten und empfiehlt deren Kenntnisnahme.

Der **Haushaltsausschuss** hat die Unterrichtung in seiner 89. Sitzung am 17. Dezember 2008 beraten und empfiehlt deren Kenntnisnahme.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat die Unterrichtung in seiner 80. Sitzung am 17. Dezember 2008 beraten und empfiehlt deren Kenntnisnahme.

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** hat die Unterrichtung in seiner 93. Sitzung am 17. Dezember 2008 beraten und empfiehlt deren Kenntnisnahme.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat die Unterrichtung in seiner 109. Sitzung am 17. Dezember 2008 beraten und empfiehlt deren Kenntnisnahme.

Der **Verteidigungsausschuss** hat die Unterrichtung in seiner 96. Sitzung am 17. Dezember 2008 beraten und empfiehlt deren Kenntnisnahme.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat die Unterrichtung in seiner 72. Sitzung am 17. Dezember 2008 beraten und empfiehlt deren Kenntnisnahme.

Der **Ausschuss für Gesundheit** hat die Unterrichtung in seiner 103. Sitzung am 17. Dezember 2008 beraten und empfiehlt deren Kenntnisnahme.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat die Unterrichtung in seiner 78. Sitzung am 17. Dezember 2008 beraten und empfiehlt deren Kenntnisnahme.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat die Unterrichtung in seiner 74. Sitzung am 17. Dezember 2008 beraten und empfiehlt deren Kenntnisnahme.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat die Unterrichtung in seiner 71. Sitzung am 17. Dezember 2008 beraten und empfiehlt deren Kenntnisnahme.

Der **Ausschuss für Tourismus** hat die Unterrichtung in seiner 66. Sitzung am 17. Dezember 2008 beraten und empfiehlt deren Kenntnisnahme.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat die Unterrichtung in seiner 75. Sitzung am 17. Dezember 2008 beraten und empfiehlt deren Kenntnisnahme.

Der **Ausschuss für Kultur und Medien** hat die Unterrichtung in seiner 69. Sitzung am 17. Dezember 2008 beraten und empfiehlt deren Kenntnisnahme.

IV. Beratungsverlauf im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung hat die Unterrichtung auf Drucksache 15/10454 und die Entschließungsanträge auf Drucksachen 16/10852 und 16/10854 in seiner 79. Sitzung am 21. Januar 2009 beraten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** betonte, im zwanzigsten Jahr der deutschen Einheit sei diese als tatsächlich vollzogen anzusehen. Dies ergebe sich auch aus dem Jahresbericht der Bundesregierung 2008. Man sei im Negativen wie im Positiven im Alltag angekommen. Aufgrund der strukturellen Umwandlungsprozesse, die in den ostdeutschen Bundesländern stattfänden, sei aber immer noch eine Vielzahl von Besonderheiten zu berücksichtigen. Aus den vorliegenden Zahlen ergebe sich, dass vor Eintritt der Wirtschaftskrise auch in den neuen Bundesländern eine positive Entwicklung stattgefunden habe. Die Zahl der Arbeitslosen in den neuen Bundesländern sei zwar rückläufig, die Zahl der Langzeitarbeitslosen hingegen sei immer noch sehr hoch. Man benötige daher verstärkt zielgerichtete Programme zur Überwindung von Langzeitarbeitslosigkeit. Sie sehe gerade im Bereich der Innovation und der Zukunftsindustrien erhebliche Chancen für die neuen Bundesländer. Mit den Verkehrsprojekten Deutsche Einheit und einer Vielzahl weiterer Verkehrsprojekte sei viel erreicht worden. Man solle in Zukunft überlegen, Verkehrsmaßnahmen weniger unter dem Aspekt der deutschen Einheit, sondern mehr unter dem Aspekt eines europäischen Kontextes zu betrachten. Sie wies auf die Entwicklungspotentiale hin, welche sich gerade für die ostdeutschen Bundesländer im Hinblick auf die angrenzenden ost- und südosteuropäischen Länder ergäben. Die neuen Bundesländer stünden stärker vor Problemen des demographischen Wandels als die westdeutschen Bundesländer. Der Abwanderung könne man mit strukturellen Maßnahmen entgegenwirken. Man dürfe auch den ländlichen Raum bei der Stärkung der regionalen Wirtschaftsstruktur nicht unberücksichtigt lassen, sondern müsse diesen weiterentwickeln. Die Entwicklung von Städten als Dienstleistungszentren sei aber gerade auch für das Umland und den ländlichen Raum von besonderer Bedeutung. Das „Stadtumbauprogramm Ost“ müsse weitergeführt werden. Es sei vor dem Hintergrund des demographischen Wandels und der sich insgesamt verändernden städtischen Strukturen auch eine Verbindung mit anderen Stadtentwicklungskonzepten herzustellen. Der Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE. sei nicht zielführend. Die darin enthaltenen Forderungen seien zum Teil weder in der Praxis umsetzbar noch finanzierbar. Zudem seien eine Vielzahl der im Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE. enthaltenen Forderungen bereits im Entschließungsantrag der Koalitionsfraktionen bzw. in Initiativen der Bundesregierung enthalten.

Die **Fraktion der SPD** erklärte, der Jahresbericht zeige eine differenzierte Entwicklung, welche auf unterschiedliche Potentiale in unterschiedlichen Regionen der neuen Bundesländer zurückzuführen sei. Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sei ein erhebliches Problem. Dies gelte insbesondere in Bezug auf die Langzeitarbeitslosigkeit. Allerdings sei

dies ein Erbe aus der Entwicklung in den Jahren 1989 und 1990. Die Themenkomplexe demographischer Wandel und Stadtentwicklung seien zentral, da sie erhebliche unmittelbare Auswirkungen auf viele andere Gebiete hätten. In diesem Bereich seien deutliche Fortschritte erreicht worden. Insbesondere das Programm zum Stadtumbau Ost sei hier zu nennen. Aufgrund der demographischen Entwicklung in den neuen Bundesländern sei allerdings mit neuen Problemen hinsichtlich des Leerstandes von Wohnraum zu rechnen. Darauf müsse reagiert werden, so dass die Verlängerung des Programms „Stadtumbau Ost“ bis 2016 oder sogar darüber hinaus sinnvoll sei. Die Einbindung Ostdeutschlands in die europäische Entwicklung und insbesondere den europäischen Handel und die europäische Verkehrsinfrastruktur sei im Jahresbericht 2008 der Bundesregierung zur deutschen Einheit gut beschrieben. Die unternommenen Anstrengungen auf diesem Gebiet seien bereits vielfach erfolgreich gewesen, müssten jedoch weiter fortgeführt werden. Gerade bei den Großprojekten in Ostdeutschland seien gute Erfolge erzielt worden. Es sei nicht nur wichtig, über Zukunftsfelder zu reden, sondern auch die bestehenden Wirtschaftsstrukturen müssten gefördert werden. Ziel des Entschließungsantrags der Fraktionen der CDU/CSU und der SPD sei es, die Bundesregierung zu unterstützen und bestimmte Projekte zu akzentuieren. Vor allem aber sei die Forderung in dem Entschließungsantrag wichtig, dass die regionale Wirtschaftsförderung in den nächsten Jahren auf hohem Niveau fortgeführt werden müsse. Die Bedeutung der Arbeitsmarktpolitik sei hervorzuheben und Potentiale, welche in Ostdeutschland im Bereich Forschung und Innovation bestünden, seien weiter auszuschöpfen. Der von der Fraktion DIE LINKE. mit ihrem Entschließungsantrag vorgelegte Forderungskatalog sei nicht geeignet, die bestehenden Probleme des Entwicklungs- und Umwandlungsprozesses in Ostdeutschland zu lösen. Der Jahresbericht 2008 der Bundesregierung biete eine gute Grundlage für die weitere Arbeit und die weiteren Anstrengungen im Prozess für die Entwicklungen in Ostdeutschland.

Die **Fraktion der FDP** führte aus, die Wachstumsdynamik in den neuen Ländern habe sich in den letzten Jahren erheblich abgeschwächt. Es sei zu befürchten, dass sich dies durch die Finanzmarktkrise noch verschlimmern werde. Vor diesem Hintergrund müsse die Bundesregierung grundlegende Veränderungen an ihrer Strategie vornehmen. Aus ihrer Sicht liege das Grundproblem der neuen Bundesländer vor allem in der Lohnstruktur. Diese sei mit der Produktivität nicht in Einklang zu bringen. Andererseits begründe die Lohnstruktur gegenüber den alten Bundesländern einen Wettbewerbsvorteil. Ein Problem sei es auch, dass die Exzellenzinitiative der Bundesregierung im Forschungsbereich die ostdeutschen Hochschulen und Forschungseinrichtungen praktisch nicht erreiche. Der Entschließungsantrag der Koalitionsfraktionen werde von ihr in vielen Punkten begrüßt, ein Teil der Forderungen werde aber kritisch gesehen, wie etwa der Vorschlag zur Angleichung der Rentenberechnungssysteme in Ost- und Westdeutschland. Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung habe hierzu einen Vorschlag gemacht, welcher einem Vorschlag entspreche, den sie bereits vorgelegt habe. Die Fraktion DIE LINKE. beziehe sich in ihrem Antrag beim Thema Rentenanpassung nur auf die Anpassung des Rentenwertes, übersehe aber, dass es auch die Hochwertung der

Entgeltpunkte für in den neuen Ländern erworbene Entgeltpunkte gebe, so dass daraus ein höherer Rentenanspruch bei vergleichbarer Leistung gegenüber Westdeutschland entstehe. Zu Forderungen der Fraktion DIE LINKE. nach einer Verlängerung des Solidarpakts II über das Jahr 2019 hinaus vertrete sie die Auffassung, dass vieles falsch gelaufen sein müsse, wenn man 30 Jahre nach der Wiedervereinigung in Ostdeutschland noch nicht ohne finanzielle Unterstützung aus Westdeutschland auskomme. Einige für den Osten Deutschlands spezifische Probleme seien aber auch in Zukunft weiter mit Förderprogrammen zu begleiten. Dies betreffe etwa die drohende zweite Leerstandswelle von voraussichtlich erneut einer Million leerstehender Wohnungen. Der aktuelle Kreditengpass, welcher in den neuen Bundesländern stärker ausgeprägt sei, als in den alten Bundesländern, gebe Anlass zur Sorge. Die Straßeninfrastruktur habe sich in den neuen Ländern in den letzten 18 Jahren sehr gut entwickelt, im Schieneninfrastrukturbereich gebe es aber weiterhin noch große Defizite.

Die **Fraktion Die LINKE.** erklärte, dass zu wenig über die Ursachen, welche zu den unterschiedlichen Entwicklungsbedingungen in den neuen und den alten Bundesländern beigetragen hätten, gesprochen werde. Sowohl die in dem Entschließungsantrag der Koalitionsfraktionen vorgesehenen Maßnahmen als auch bereits ergriffene Maßnahmen könnten letztlich nicht zur Ursachenbekämpfung beitragen. Sie setze mit ihrem Entschließungsantrag genau bei dieser Ursachenbekämpfung an. Die Divergenz zwischen der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in den alten und neuen Bundesländern schreite immer weiter fort. Der Entschließungsantrag der Koalitionsfraktionen enthalte auch einige entbehrliche Forderungen. Zwar müssten auch Gedenk- und Feiertage begangen werden, ob dies jedoch in einem Forderungskatalog enthalten sein müsse, wenn es darum gehe, die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der neuen Bundesländer voranzubringen, sei zu bezweifeln. Dieses Beispiel zeige, dass die Koalitionsfraktionen lediglich Aktionismus betrieben, welcher nicht geeignet sei, eine tatsächliche Angleichung der Entwicklung zu bewirken. Die Bundesregierung habe immer wieder gezeigt, dass sie versuche, die neuen Bundesländer auf eine Ebene mit den alten Bundesländern zu stellen, um damit eine Egalisierung aller gesetzlichen Rahmenbedingungen zu schaffen. Genau dies sei aus ihrer Sicht das eigentliche Übel. Es müsse anerkannt werden, dass es tatsächlich besondere Bedingungen in Ostdeutschland gebe, insbesondere bei der Arbeitslosigkeit bzw. der Langzeitarbeitslosigkeit. Die Ereignisse vor 1989 könnten nicht mehr als alleinige Ursachenerklärung für das Problem der Langzeitarbeitslosigkeit herangezogen werden. Der Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU/CSU und der SPD bleibe ein Konzept schuldig, wie ein Abbau der Langzeitarbeitslosigkeit gelingen solle. Sie glaube daher, dass dieser Entschließungsantrag nicht zielführend sei. Das Problem der Abwanderung ergebe sich aus der hohen Arbeitslosigkeit und der wirtschaftliche Entwicklung in den neuen Bundesländern. Nach dem Grundgesetz müssten die Lebensbedingungen für alle Bürgerinnen und Bürger in der Bundesrepublik Deutschland zumindest gleichwertig sein. Sie fordere die Angleichung des Renteniveaus von Ost- und

Westdeutschland, weil ansonsten eine Ungleichbehandlung weitergeführt werde.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** stellte fest, der Aufholprozess bei der wirtschaftlichen Entwicklung der neuen Bundesländer habe in den letzten Jahren stagniert. Es hätte nach ihrer Auffassung erheblich mehr getan werden müssen, um den Aufholprozess zu fördern. Zwar sei viel Geld aufgewendet worden, es seien aber Fehler wiederholt worden, die man bereits in Westdeutschland gemacht habe. Beispielsweise habe man versucht, hergebrachte Strukturen künstlich aufrechtzuerhalten. Die Solidarpaktmittel würden ab diesem Jahr regelmäßig um 1 Mrd. Euro abschmelzen. Man müsse sich daher überlegen, wie man mit den geringeren Mitteln besser arbeiten und mehr Effekte erzielen könne. In Bezug auf die Verkehrsinfrastruktur sei zu fragen, wo der wirtschaftliche Effekt der bisherigen Maßnahmen bleibe. Straßen als Grundausstattung seien zwar wichtig; ein Straßenausbau oberhalb des Optimums ergebe aber keinen Mehrwert. Im Solidarpakt seien überproportionale Leistungen für den Verkehr, den Stadtumbau Ost, die Gemeinschaftsaufgabe für die regionale Förderung sowie die Investitionszulage enthalten. Das, was man dort an Geld investiere, könne aber nicht mehr an anderen Stellen investiert werden. Man müsse die noch verfügbaren Mittel in Zukunft intelligenter einsetzen. Sie fordere, dass von den nach Abzug der europäischen Fördermittel noch verbleibenden Mitteln, die Hälfte in die Zukunftsfelder Innovation, Bildung und Forschung investiert werden müssten. Es sei ein langfristiges Denken gefordert. Dann könne man aufgrund verbesserter Rahmenbedingungen auch jungen Menschen wieder eine Perspektive geben. Wichtig seien Technologie, Toleranz und Talente. Notwendig sei insbesondere eine offene Gesellschaft, woran es in Ostdeutschland aber oftmals fehle. Der Rechtsextremismus sei für Ostdeutschland inzwischen ein echter Standortnachteil. Um Talente zu entdecken und auszubilden, bedürfe es einer guten Ausbildung. Diese Talente müssten dann jedoch auch Standortbedingungen vorfinden, um zum Verbleib veranlasst zu werden. Unter anderem müssten die Rahmenbedingungen für junge Frauen in Ostdeutschland verbessert werden. Der zwanzigste Jahrestag der Wiedervereinigung, solle auch im Gedenken an die Menschen begangen werden, die damals auf die Straße gegangen seien. Einer politischen Instrumentalisierung dieses Themas im anstehenden Wahlkampf müsse man vorbeugen.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** empfiehlt, den Entschließungsantrag auf Drucksache 16/10852 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP anzunehmen.

Den Entschließungsantrag auf Drucksache 16/10854 empfiehlt er mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. abzulehnen.

Die Unterrichtung auf Drucksache 16/10454 empfiehlt der Ausschuss zur Kenntnis zu nehmen.

Berlin, den 22. Mai 2009

Jan Mücke
Berichterstatter

